

EUROPA

Freie
Demokraten
FDP Kreis Offenbach



Newsletter

Zum Denken und Fühlen ..

Mit dieser letzten Ausgabe dieses Jahres möchte ich mich bei Ihnen allen herzlich für Ihr anhaltendes Interesse an den Nachrichten aus Europa bedanken. Manchmal sind die Inhalte wenig erfreulich, zumindest aus liberaler Sicht. Aber wegschauen hilft ja nun auch nicht, auch wenn die im EP geäußerten Auffassungen zur Eurozone eigentlich gar nichts mehr mit Marktwirtschaft, sondern mit einer puren Staatswirtschaft zu tun haben. Aber die Liebe zu unserem Kontinent mit seiner über die vielen Jahrhunderte unter oft großen Verwerfungen gewachsenen jüdisch-christlich-abendländischen (dazu gehören auch der Humanismus und der Atheismus) Kultur und vielfältigen politischen, wirtschaftlichen und sozialen Identitäten kann ja nicht bloß wegen der gegenwärtigen EU-Politik eintrocknen. Wenn wir uns informieren, können wir besser einschätzen, was wir für unseren Staat und für Europa für richtig halten.

Ich wünsche allen Leserinnen und Lesern ein gesegnetes und frohes Weihnachtsfest und ein gelingendes und glückliches Neues Jahr 2016! Der Kommissions-Newsletter startet wieder am 21. Januar, das wird dann auch der Beginn des Europa-Newsletters 2016 sein. Bis dahin eine gute Zeit!

EU-Kommission

"Umgestaltung der Marktwirtschaft" angestrebt: EU-Kommission legt neues Kreislaufwirtschaftspaket vor

Seinen grundlegenden Wandel in der Funktionsweise unserer Wirtschaft verfolge die EU-Kommission mit dem lange erwarteten Kreislaufwirtschaftspaket, erklärte der Erste Vizepräsident der Kommission Frans Timmermans bei der Vorstellung desselben Anfang Dezember. Im Kern geht es bei dem neuen Paket um die nachhaltigere Nutzung natürlicher Ressourcen in der EU. Es soll eine sechste Kreislaufwirtschaft geschaffen werden, in der Rohstoffe so lange wie möglich im Wirtschaftsprozess bleiben, zum Beispiel durch Wiederverwendung oder Recycling.

Der Vorschlag der Kommission gliedert sich in zwei Teile, die den kompletten Produktlebenszyklus abdecken sollen, von der Produktion über den Verbrauch bis hin zur Abfallbewirtschaftung. Der erste Teil ist ein Aktionsplan. Er enthält insgesamt 54 Maßnahmen zur Optimierung der Ressourcennutzung, die die Kommission in den kommenden vier Jahren umsetzen will. So strebt sie beispielsweise Qualitätsstandards für recycelte Rohstoffe an, um deren Marktfähigkeit zu verbessern. Ein Schwerpunkt des Aktionsplans liegt auf der Ökodesignrichtlinie. Ihr Anwendungsbereich soll zukünftig weit über das Kriterium Energieeffizienz hinausgehen. Auf Grundlage der Richtlinie sollen Hersteller schon im Designstadium die Reparaturfähigkeit, Halt-



EUROPA

Freie
Demokraten
FDP Kreis Offenbach



Newsletter

barkeit und Recyclingfähigkeit von Produkten berücksichtigen.

Der zweite Teil des Pakets enthält Vorschläge zur Änderung einer Reihe von Abfallrichtlinien mit dem generellen Ziel, Abfälle zu verringern. So sollen die EU-Staaten bis 2030 75 Prozent ihrer Verpackungsabfälle recyceln. Bei Siedlungsabfällen sollen es 65 Prozent sein. Höchstens 10 Prozent der Siedlungsabfälle sollen noch auf Deponien landen. Im Gegensatz zum vorherigen Kreislaufwirtschaftspaket aus 2014 hat die Kommission ihre Ziele teilweise nach unten korrigiert. Ursprünglich sollten zum Beispiel 70 Prozent der Siedlungsabfälle in 2030 recycelt werden.

Finanziell unterstützt werden soll das neue Kreislaufwirtschaftspaket durch Mittel aus dem „Horizon 2020“-Programm und den Strukturfonds. Insgesamt stehen über sechs Milliarden Euro zur Verfügung.

Erneute Hilfszahlungen von GRI an nationale Banken

Die Kommission stimmte am 04.12.2015 einer erneuten staatlichen Hilfszahlung von GRI an die „National Bank of Greece“ und an drei weitere systemrelevante Banken in GRI zu. Eine solche Kapitalisierung als Teil des dritten ökonomischen Adjustierungsprogrammes soll garantieren, dass die Banken ausreichend kapitalisiert sind, um die Wirtschaft in GRI nachhaltig mit Geld versorgen zu können. Der „Single Supervisory Mechanism“ (SSM) hatte in einem Stresstest Zweifel an dieser Kapazität aufgezeigt. Die Kriterien einer solchen Unterstützung, die unter anderem vorsehen, zunächst private Investoren als Geldgeber zu

akquirieren, wurden aus Sicht der Kommission ausreichend erfüllt. So wurden 1,8 Mrd. EUR bereits aus privaten Mitteln generiert, wodurch die Kommission nur noch 2,71 Mrd. EUR staatliche Hilfen bewilligen musste. Teil der Vereinbarung war auch eine zukünftige Umstrukturierung der „National Bank of Greece“.

http://europa.eu/rapid/press-release_IP-15-6255_en.htm?locale=en

Konsultation zum „Greening der GAP“ gestartet

Am 15.12.2015 startete die Kommission im Zuge der Vereinfachung der Gemeinamen Agrarpolitik (GAP) eine zwölfwöchige öffentliche Konsultation zum Thema „Greening“. Mit der Ende 2013 beschlossenen Reform der GAP wurde das Direktzahlungssystem grundlegend überarbeitet. Damit sollten die Zahlungen noch stärker als bisher auf die Entlohnung bestimmter gesellschaftlicher Leistungen orientiert werden. Das so genannte „Greening“ verpflichtet die Landwirte, Höchstanteile bei den Anbaukulturen einzuhalten, Dauergrünland zu erhalten sowie mindestens 5% ihrer Ackerflächen als ökologische Vorrangflächen bereit zu stellen und auf diesen dem Klima- und Umweltschutz besonders förderliche Landbewirtschaftungsmethoden anzuwenden. „Greening“ wird seit Beginn des Jahres 2015 angewendet und wird mit 30% der Direktzahlungen finanziert.

http://ec.europa.eu/agriculture/consultations/greening/2015_en.htm



EUROPA

Freie
Demokraten
FDP Kreis Offenbach



Newsletter

EU-Katastrophenschutzverfahren in GRI aktiviert

Um den Zustrom von Migranten bewältigen zu können, hat GRI als fünftes Land in diesem Jahr am 05.12.2015 das EU-Katastrophenschutzverfahren aktiviert, durch das es materielle Hilfe wie bspw. Zelte, Betten, Generatoren, sanitäre Einrichtungen oder Erste-Hilfe-Kästen erhalten kann.

GRI stimmte zudem einem Frontex-Einsatz zu, der bei der Registrierung von Migranten an der griechischen Grenze zur ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien unterstützend tätig wird. Schließlich bat GRI auch um die förmliche Entsendung eines Sondereinsatzkommandos für Grenzschutzzwecke (Rapid Border Intervention Team, kurz RABIT) zur Unterstützung bei der Sicherung seiner Außengrenze auf den ägäischen Inseln.

Europäischer Rat

Wieder EU-Beitrittsverhandlungen mit der Türkei

Die EU-Beitrittsverhandlungen mit der Türkei sollen wieder mehr Fahrt aufnehmen. Offiziell sollen dazu Gespräche über die weitere wirtschaftliche Integration des Landes in die Europäische Union aufgenommen werden. Bereits Ende November hatten sich die EU-Staaten auf neue Verhandlungen mit der Türkei verständigt. Sie stehen im Zusammenhang mit einem damals auf einem Sondergipfel beschlossenen Aktionsplan zur Bewältigung der Flüchtlingsfrage. Die Türkei ist bereits seit 1999 Kan-

didat für einen EU-Beitritt. Die Verhandlungen laufen seit 2005, wurden aber immer wieder vertagt.

http://www.consilium.europa.eu/press-releases-pdf/2015/12/40802206719_en_635857167600000000.pdf

EU-Beitrittsverhandlungen mit Serbien

Am 14.12.2015 fand das zweite Treffen der Beitrittskonferenz der Europäischen Union mit Serbien statt. Serbien hofft, die Verhandlungen bis Ende 2019 abschließen zu können.

<http://data.consilium.europa.eu/doc/document/AD-12-2015-INIT/en/pdf>

Europäisches Parlament

Parlament diskutiert Zukunft der Eurozone

Das EP hat sich am 15.12.2015 in einer gemeinsamen Aussprache mit der Zukunft der Wirtschafts- und Währungsunion (WWU) befasst. Der Vorsitzende des Ausschusses für Wirtschaft und Währung, MdEP Roberto Gualtieri (S&D/ITA) betonte, die WWU könne nicht sämtliche Probleme lösen. Vielmehr sei wichtig, dass die Binnennachfrage in den Mitgliedstaaten angekurbelt und in den Schwellenländern gestärkt werde. Kommissionpräsident Jean-Claude Juncker unterstrich in seiner Rede, dass der Euro ein politisches Projekt sei und daher demokratischer Überwachung und Legitimation bedürfe.

Eurogruppenchef Jeroen Dijsselbloem, der zum ersten Mal in dieser Funktion das EP adressierte, wandte sich in seiner Ansprache gegen eurokritische Tendenzen und



EUROPA

Freie
Demokraten
FDP Kreis Offenbach



Newsletter

merkte an, dass es keinen Grund für Zynismus bezüglich des Euros gebe. So seien Stabilisierungsmaßnahmen wie die Bankenunion mit enormer Geschwindigkeit implementiert worden. Gleichwohl seien aber noch weitere Anstrengungen notwendig, um die Eurozone krisenfest zu machen. Wichtige Schritte seien die Vollendung der Bankenunion mittels einer einheitlichen Einlagensicherung sowie die Schaffung einer Kapitalmarktunion.

Auswahl und Redaktion:



Dagmar Weiner

Europabeauftragte der FDP Kreis Offenbach

Pappelweg 14, 63263 Neu-Isenburg
E-Mail: d.weiner@fdp-kreis-of.de

Ausgabe 22/2015, 18. Dezember 2015

